

Ständerat unterstützt Stiefkindadoption

Familienrecht Das Stöckli will homosexuellen und unverheirateten Paaren erlauben, Stiefkinder zu adoptieren

VON ANNA WANNER

Die konservativen Widerstände bei Gesellschaftsfragen bröckeln. Mit der Unterstützung des Parlaments treibt Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) die Modernisierung des Familienrechts voran. Nach dem geteilten Sorge- und Unterhaltsrecht hat der Ständerat gestern eine neue Hürde genommen: Konkubinats- und gleichgeschlechtliche Paare sollen Stiefkinder adoptieren dürfen – sofern sie die strengen Vorgaben für eine Adoption erfüllen (siehe Kontext).

Konkret bedeutet das: Wenn ein Mann oder eine Frau ein Kind in eine neue Beziehung mitbringt, darf der Partner oder die Partnerin das Kind adoptieren, auch wenn das Paar nicht verheiratet ist. Diese Lockerung gilt ausschliesslich für Stiefkinder. Die Adoption von fremden Kindern bleibt verheirateten Paaren vorbehalten.

Gegen die Leihmutterschaft

Trotzdem wehrten sich 14 Ständeräte der CVP, SVP sowie vereinzelt auch der FDP gegen die Liberalisierung. Kritik äusserte im Plenum allerdings nur ein einziger: der Walliser CVP-Ständerat Beat Rieder. Er warnte davor, dass die Stiefkindadoption Tür und Tor für weitere Liberalisierungen öffnen würde. Dank Leihmutterschaft und den Fortschritten in der Fortpflanzungsmedizin könne die Stiefkind-Situation heute gar «künstlich herbeigeführt» werden, so Rieder. Das gelte es zu verhindern.

Sommaruga liess die Argumente nicht gelten. «Die Leihmutterschaft ist und bleibt verboten.» Und das Gesetz müsse der Realität angepasst werden. «Wenn Sie heute die Stiefkindadoption ablehnen, verhindern Sie nicht, dass diese Kinder mit einem Vater und dessen Partner oder einer Mutter und deren Partnerin zusammenleben, das ist heute schon so», redete Sommaruga den Ständeräten zu. Es gehe also nur darum, dass Kinder, die so aufwachsen, auch rechtlich abgesichert sind.

Das Beste für das Kind

Wie viele Stiefkinder nun adoptiert werden könnten, ist unklar. Gemäss Bundesamt für Statistik gibt es keine zuverlässigen Zahlen. Trotzdem mussten die Ständeräte nicht einmal ein fiktives Beispiel aus dem Hut zaubern, um die rechtliche Situation zu veranschaulichen. Der Baselbieter Claude Janiak (SP) lebt in einer eingetragenen Partnerschaft. Und sein Partner hat einen Sohn. Weil der Sohn auch eine Mutter habe, zu der er ebenfalls eine gute Beziehung pflege, komme eine Adoption



Damian Müller (FDP/LU) und Claude Janiak (SP/BL) setzen sich für ein liberales Familienrecht ein.

LUKAS LEHMANN/KEYSTONE

ADOPTIONSRECHT

Was ein Paar alles erfüllen muss, bevor es ein Kind adoptieren darf

Die Hürden für Adoptionen in der Schweiz sind hoch: Paare müssen mindestens fünf Jahre verheiratet und älter als 35 Jahre alt sein, um überhaupt eine Adoption beantragen zu können. Dann werden die Antragssteller auf Herz und Nieren überprüft: Neben der Persönlichkeit und der Gesundheit der Adoptiveltern fliesst deren ge-

genseitige Beziehung und sogar deren «erzieherische Eignung» in die Beurteilung ein, ob ein Paar ein Kind adoptieren darf. Hinzu kommt die wirtschaftliche Lage: Ein Paar muss sich das Kind auch leisten können. Zudem müssen Beweggründe und Familienverhältnisse stimmen, um für eine Adoption zugelassen zu werden. Zwar hat der Ständerat gestern einer Flexibilisierung zuge-

stimmt. So darf der Altersunterschied von maximal 45 Jahren zwischen Kind und Elternteil ausnahmsweise überschritten werden, falls dies im Sinne des Kindes die beste Lösung ist. Zudem wurde die Altersgrenze für Adoptiv-Eltern auf 28 Jahre gesenkt. Trotzdem bleiben die strengen Regeln erhalten. Und: Im Vordergrund muss in jedem Fall das Kindeswohl stehen. (WAN)

für ihn nicht infrage, sagte Janiak. Doch: Was, wenn die Mutter nicht da wäre? Und was, wenn dem Vater etwas zustossen würde? In Erb- und Unterhaltsfragen wäre das Kind schlechter gestellt. Neben Janiak und Sommaruga forderten die jungen Freisinnigen Damian Müller und Andrea Caroni klare Verhältnisse für Kinder. Auch Beat Vonlanthen (FR/CVP) brach eine Lanze für die Modernisierung: Es gehe nicht darum, adoptionswilligen Eltern zu einem Kind zu verhelfen. «Im Gegenteil. Es gilt sicherzustellen, dass ein Kind mit Eltern aufwächst.» Bei der Adoptionsfrage stehe das Kindeswohl im Zentrum.

Erst der Anfang?

Der Kampf gegen Diskriminierungen von homosexuellen und Konkubinatspaaren ist damit nicht besiegelt. Die Initiative «Ehe für alle» hat in den vorberatenden Kommissionen des National- und Ständerats eine Mehrheit erreicht. Nun wird ein Gesetzestext ausgearbeitet. Die grünliberalen Initianten wollen

«Es gilt sicherzustellen, dass ein Kind mit Eltern aufwächst.»

Beat Vonlanthen
CVP-Ständerat, Freiburg

die «Ehe zweiter Klasse» in Form der eingetragenen Partnerschaft abschaffen, wie sie schreiben. «Diese Deklassierung aufgrund biologischer Unterschiede ist mit einem liberalen Gesellschaftsbild und einem modernen Rechtsstaat unvereinbar.»

Gleichzeitig lassen sie aber just die umstrittene Frage offen, ob gleichgeschlechtliche Paare dann auch fremde Kinder adoptieren dürfen und ihnen der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin gewährleistet werden soll. In der Initiative steht, der Bund soll das regeln. Doch haben Parteimitglieder nun die Überzeugung gewonnen, dass diese Formulierung falsch sei. «Wir wollen die Diskriminierung aus der Welt schaffen», sagt der Aargauer Nationalrat Beat Flach. «Dazu gehört auch, dass homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen.»

Vor dieser «Salamitaktik» warnte Beat Rieder gestern vergebens. Der Ständerat stimmte der Stiefkindadoption mit 25 zu 14 Stimmen zu. Für deren Umsetzung bedarf es nun noch der Zustimmung des Nationalrats.



Wer soll Kinder adoptieren dürfen? Diskutieren Sie online mit.